



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	5
3.	Griechische Zyprioten	5
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	5
	Innenpolitische Entwicklungen	6
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	8
4.	Türkische Zyprioten	9
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	9
	Innenpolitische Entwicklungen	10
	Außenpolitik	12
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	12

FES NEWS

- bitte folgen und besuchen Sie uns auf –
[@FESCyprus](https://www.facebook.com/FESCyprus)

www.fescyprus.org - www.facebook.com/FESCyprus

1. Das Zypernproblem

Am 6. Mai fand das erste Treffen auf der Ebene der Volksgruppenvertreter zwischen Mustafa Akinci und Nicos Anastasiades in einem positiven Klima statt. Beide Politiker betonten ihren Willen zur Beilegung der bestehenden Differenzen und Schwierigkeiten bei den Verhandlungen und ihr Ziel, bis Ende 2016 das Zypernproblem zu lösen. Dies wurde in einer gemeinsamen Erklärung von Akinci und Anastasiades am 15. Mai, dem Tag, an dem sich die Aufnahme der Gespräche zu ersten Mal jährte, bestätigt.

Die positive Atmosphäre wurde jedoch getrübt, als Anastasiades seine Teilnahme an dem zweiten, für den 27. Mai geplanten Treffen der beiden Volksgruppenvertreter absagte. Dies geschah als Reaktion auf eine Ankündigung des UN-Sondergesandten für Zypern, Espen Barth Eide, daß Akinci überraschend an einem von dem türkischen Präsidenten organisierten Abendessen des UN-Gipfels zur humanitären Hilfe in Istanbul teilnehmen werde. Akincis Teilnahme an dem Abendessen und seine unbestätigte Teilnahme an einem informellen Treffen mit UN-Generalsekretär Ban Ki Moon verärgerte Anastasiades, der an dem Treffen in seiner Rolle als Präsident der Republik Zypern und somit als deren offizieller Vertreter teilnahm. Daraufhin sagte Anastasiades die geplanten Treffen mit Eide und Akinci am 26. bzw 27. Mai ab.

In einer Stellungnahme zu dem Vorfall betonte der Präsident, dass er eine Herabstufung der Republik Zypern nicht akzeptieren werde und beschuldigte die UN, sich unangemessen ver-

halten zu haben. Daheim wurde Anastasiades Verhalten von allen griechisch-zypriotischen Parteien befürwortet, während Akincis überraschendes Auftauchen auf dem Gipfel als ein Versuch bewertet wurde, den Status der „TRNZ“¹ auf- und jenen der Republik Zypern abzuwerten. Laut Regierungssprecher Nicos Christodoulides hätten sowohl die UN wie auch die EU versichert, dass die Türkei nicht den Versuch unternommen habe, die Republik Zypern ab- und die „TRNZ“ aufzuwerten.

Akinci wiederum betonte, dass Anastasiades überreagiert habe und dass es nicht korrekt sei, dass nur der Vertreter einer Volksgruppe Gesamtzypern vertrete. Ursprünglich hatte der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter gesagt, dass die „TRNZ“ an dem Gipfel hätte teilnehmen müssen, obwohl sie international nicht anerkannt werde und dass er von Erdogan als der „Präsident der TRNZ“ eingeladen worden sei. Der Sender Al-Jazeera zitierte Akinci dahingehend, dass jener nicht nach Istanbul gereist sei, um „die Ankerkennung anderer Staaten zu erlangen“, sondern um noch vor 2017 eine Lösung zu erreichen. Letztendlich habe er nicht an dem Gipfel teilgenommen und

¹Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages.).

sei auch nicht zu diesem Zweck nach Istanbul gereist. Dafür wiederum wurde Akinci von den Oppositionsparteien im Norden kritisiert.

Um die Spannungen abzubauen veröffentlichte die UN am 27. Mai eine Erklärung, worin der Generalsekretär die beiden Volksgruppenvertreter dazu aufforderte, „ihre Bemühungen hinsichtlich einer Wiedervereinigung Zyperns in einer Atmosphäre gegenseitigen Respekts zu intensivieren und den inakzeptablen Status quo im Interesse aller Zyprioten zu beenden.“ Bei Monatsende war kein neues Treffen vereinbart. Es wird jedoch erwartet, dass sich die beiden Politiker während einer bikommunalen Veranstaltung des technischen Arbeitskreises für Erziehung und Bildung auf informeller Ebene am 2. Juni treffen. Die Unterbrechung der Verhandlungen ereignete sich an einem kritischen Moment der Friedensgespräche, an dem eigentlich die Intensivierung der Gespräche begonnen werden sollte.

In der Zwischenzeit gab Andreas Mavroyiannis am 25. Mai seine Entscheidung bekannt, seinen Posten als griechisch-zypriotischer Verhandlungsführer aufzugeben. Mavroyiannis will sich als Kandidat bei der Wahl des Präsidenten der UN-Generalversammlung am 13. Juni stellen. Regierungssprecher Nicos Christodoulides und Toumazous Tselepi, ein Mitglied des Verhandlungsteams der Vorgängerregierung, sind unter den Kandidaten für den Posten des Verhandlungsführers, sollte Mavroyiannis Bewerbung erfolgreich sein.

Um ein positives Zeichen zu setzen nahmen die Ehefrauen der beiden Volksgruppenvertreter,

Meral Akinci und Andri Anastasiou, an einem Konzert junger Künstler beider Bevölkerungsgruppen unter der Schirmherrschaft des bikommunalen Kulturausschusses teil. Beide First Ladies betonten ihre Unterstützung im Bemühen um eine Lösung zur Wiedervereinigung Zyperns. Andri Anastasiades gab ihrem Wunsch Ausdruck, dass eine Lösung noch in diesem Jahr gefunden werden könne. Meral Akinci betonte, dass den Frauen die Gelegenheit gegeben werden müsse, all ihre Kraft, ihr Wissen und ihren Enthusiasmus einzubringen, um die Zypernfrage zu lösen. In ihrer Rede sagte die Ko-Präsidentin des bikommunalen Kulturausschusses, Androulla Vassiliou, dass sie auf eine baldige und dauerhafte Lösung hoffe. Dafür brauche es jedoch mehr als die Zusammenarbeit der beiden Volksgruppenführer. Es sei wichtig, das richtige politische Klima zwischen beiden Bevölkerungsgruppen zu schaffen. Alle, aber besonders die jungen Menschen, müssten an eine Lösung und eine friedliche Koexistenz sowie eine Zusammenarbeit beider Seiten glauben. Man müsse an eine gemeinsame Zukunft in einer gemeinsamen Heimat – Zypern – glauben. Der andere Ko-Präsident Kani Kanol betonte, dass Kunst und die vor allem die jungen Künstler wichtig für ein freies, unabhängiges, hoffnungsvolles, auf Gleichheit basierendes Zypern seien. Espen Barth Eide war auch unter den anwesenden Gästen.

Der Außenminister der „TRNZ“, Tahsin Ertugruloglu, gab seine Entscheidung bekannt für jede Kirche im Norden im Jahr nur noch eine Genehmigung für die Feier von Gottesdiensten entweder zu Ostern, Weihnachten oder Heiligentagen zu erteilen. Die Kirchen Apostolos

Andreas, St. Barnabas und St. Mamas sollen von dieser Regelung ausgeschlossen sein. Der Unterstaatssekretär des Außenministeriums Mustafa Lakadamyali begründete diese Entscheidung damit, dass man versuche „einen Missbrauch dieses Rechts“ zu verhindern. Man habe viele Anfragen erhalten und die Polizei sei nicht in der Lage, für jede religiöse Feier die entsprechenden Sicherheitsmaßnahmen bereitzustellen.

Serdar Atai von der Famagusta Initiative kritisierte die Entscheidung als einen Schlag gegen den Annäherungsprozess. Diese Form des Nationalismus sei inakzeptabel und geschehe zu einem Zeitpunkt, an dem die beiden Volksgruppenvertreter ihre volle Unterstützung für jede Form des Dialogs gegeben hätten, während die religiösen Führer eine liberale Haltung in dieser Frage einnahmen. Burak Mavis, der für Bildungsfragen zuständige Sekretär der Gewerkschaft der Grundschullehrer (KTOS) kritisierte ebenfalls diesen Schritt und sagte, dass innerhalb des Rechts auf freie Religionsausübung eine solche von Seiten des Staates unterstützte Beschränkung nicht hinnehmbar sei.

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei (TDP), Cemal Ozyigit, wies darauf hin, dass die Entscheidung die positive Atmosphäre der laufenden Verhandlungen gefährde. Des Weiteren wiederholte er seine Forderung, die eingezäunte Stadt Varoscha unter Aufsicht der UN zu öffnen sowie den Flughafen Ercan (Tymbou) und den Hafen von Famagusta für direkten Handel zu öffnen. Laug Ozyigit könne dies ein Katalysator bei der Lösung der Zypernfrage sein

und würde die Wirtschaft in der Region befördern.

Laut der türkisch-zypriotischen Handelskammer stagniere der jährliche Umfang der vom Norden in den Süden exportierten Güter im Rahmen der Green Line Regulierung und liege bei ca. 3,9 Millionen Euro zum dritten Mal in Folge seit 2015. Die meistgehandelten Güter seien frischer Fisch, Altmetall und Kunststoffprodukte.

Als Antwort auf eine Erklärung des griechisch-zypriotischen Verhandlungsführers Andreas Mavroyiannis, wonach die Zypernfrage nicht gelöst werden könne, falls die türkisch-zypriotischen Schulden an die Türkei in Höhe von 17 Milliarden Euro nicht abgeschrieben würden, sagte der stellvertretende Premierminister Serdar Denktasch, dass die griechischen Zyprioten der Grund für die Schulden des Nordens seien, da sie die Isolation der türkischen Zyprioten verursacht hätten. Es sei für die türkischen Zyprioten somit nicht möglich gewesen, Darlehen vom IWF oder von der Weltbank zu beantragen. Im Gegenteil, die griechischen Zyprioten müssten 17 Milliarden Euro an die Türkei zahlen. Der Abgeordnete für Nikosia der National Unity Party (UBP) und ehemalige Finanzminister Ersin Tatar betonte hingegen, dass sich die Schulden nicht auf 17 Milliarden Euro beliefen, sondern auf höchstens vier Milliarden, da die Türkei auch Hilfgelder zur Verfügung gestellt habe.

2. Gasvorkommen

In einem Brief an den UN-Generalsekretär vom 12. Mai unternahm die Türkei den Versuch, die Abgrenzung der Seegrenzen in der Ägäis zwischen Griechenland und der Türkei in Zusammenhang mit der Abgrenzung der exklusiven Wirtschaftszone der Republik Zypern zu bringen. Das Schreiben war eine Antwort auf einen vorherigen Brief des ständigen Vertreters Zyperns bei den Vereinten Nationen, Nicos Emiliou, in dem Bezug auf „provokierende Aktionen“ von Seiten der Türkei und die „ernsthaften Bedenken“ der zypriotischen Regierung genommen wird. Die Türkei stelle die Souveränitätsrechte der Republik Zypern innerhalb ihrer ausschließlichen Wirtschaftszone und die damit verbundene Suche nach und Ausbeutung von den sich in diesem Gebiet befindlichen Gasvorkommen in Frage.

Der ständige UN-Vertreter der Türkei, Yashar Halit Tsevik, erinnerte daran, dass die Türkei Einsprüche gegen die Anerkennung einer Vereinbarung zwischen der „griechisch-zypriotischen Verwaltung“ und Ägypten hinsichtlich der Festlegung der ausschließlichen Wirtschaftszone vorgebracht habe. Des Weiteren seien einige der „sogenannten, in den Explorations- und Nutzungslizenzen von der griechisch-zypriotischen Seite ausgewiesenen Bereiche Teil des türkischen Festlandssockels.“ Laut Tsevik vertrete die Türkei die Position, dass die äußerste Grenze des türkischen Festlandssockels in dem benannten Gebiet mit der Grenze zwischen der türkischen und ägyptischen Küste übereinstimme. Der westliche Endpunkt der Mittellinie werde mit den in zukünftigen Übereinstimmun-

gen aller betroffenen Länder festgelegten Grenzen in der Ägäis und im Mittelmeer festgelegt, wobei alle wichtigen und besonderen Umstände in Betracht gezogen würden.

In seiner Antwort auf den türkischen Brief schickte Zyperns ständiger UN-Vertreter ebenfalls einen Brief an den UN-Generalsekretär und Sicherheitsrat, in dem er den zypriotischen Standpunkt darlegte, welcher auf der UN-Seerechtskonvention aus dem Jahr 1982 beruht. Die Türkei hat die Konvention nicht unterzeichnet und fühlt sich somit nicht daran gebunden.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

In seinem Frühjahrsbericht 2016 schloss der Finanzrat, eine Behörde, welche die Regierung berät, um fiskalische Fehlentwicklungen zu verhindern, dass es Bedenken gebe hinsichtlich des verzögerten Reformprozesses. Das Land befinde sich immer noch in einer „prekären Situation“ als Folge der hohen Verschuldungsrate. Dies beziehe sich sowohl auf die staatliche wie auch die private Verschuldung. Die Rate sei vier Mal höher als die jährliche Wirtschaftsleistung. Eine mögliche Verschlechterung der äußeren Umstände werde für die zypriotische Wirtschaft im Vergleich zu anderen Ländern mit einer niedrigeren Verschuldung schwerer zu bewältigen sein. Die Verzögerungen, oder sogar Behinderung bei der Bearbeitung der notleidenden Kredite verlängere Zyperns prekäre Situation. Des Weiteren, so der Finanzrat, müss-

ten zusätzliche Schwierigkeiten vermieden werden. Dies beinhaltet die Planung und Einführung eines staatlichen Gesundheitswesens und die Zypernfrage.

Am 18. Mai gab die Europäische Kommission bekannt, den Europarat zur Beendigung der Sparprogramme für Zypern, Irland und Slowenien aufgefordert zu haben, nachdem alle drei Länder wirksame Schritte zur Reduzierung ihres Haushaltsdefizits unternommen hätten. Die Kommission empfiehlt das Ende des Sparprogramms, welches im Fall von Zypern vor sechs Jahren eingeleitet worden war. Damals betrug das Haushaltsdefizit der Insel 6,1% des BIP. Jetzt liegt das Haushaltsdefizit aller drei Länder unter den im EU-Vertrag festgelegten 3% der Wirtschaftsleistung.

Laut der Cyprus News Agency nimmt der Anteil der notleidenden Kredite nicht in einem angemessenen Tempo ab, da die sich im Rückstand befindlichen Kreditnehmer keinen Gebrauch von den neuen gesetzlichen Regelungen machten. Aus diesem Grund verlangt die Europäische Kommission von der zypriotischen Regierung ein entschiedeneres Vorgehen. Die Kommission forderte von der zypriotischen Regierung zeitnah einen Bericht, in welchem mögliche Hindernisse identifiziert werden. Circa die Hälfte der Darlehen innerhalb des zypriotischen Bankensystems ist notleidend. Mit einem Umfang von 27 Milliarden Euro entspricht dies der anderthalbfachen jährlichen Wirtschaftsleistung Zyperns.

Laut des statistischen Dienstes Cystat nahm die Zahl der ankommenden Touristen im April ver-

glichen mit dem Vorjahresmonat um 12% zu und lag bei 225.575. Die Zahl der britischen Touristen, lag bei 91.391, was einer Zunahme von 9,6% im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Großbritannien ist seit jeher der wichtigste Markt für Zypern. Russland hat sich in den letzten Jahren zu Zyperns zweitwichtigstem Markt entwickelt und die Zahl der aus Russland stammenden Touristen nahm um 53% zu und lag bei 38.591. Dies liegt u.a. auch an geopolitischen Entwicklungen wie der verschärften Sicherheitslage in Ägypten und den russischen Sanktionen gegen die Türkei.

Nach Angaben von Eurostat ging die Arbeitslosenrate von 12% im März auf 11,6% im April zurück. Im April 2015 lag die Arbeitslosenrate noch bei 15,7%. Dies entspricht dem niedrigsten Stand seit April 2012. Im europäischen Vergleich ist dies jedoch immer noch die sechshöchste Arbeitslosenquote.

Innenpolitische Entwicklungen

Bei den Parlamentswahlen vom 22. Mai war die Zahl der Nichtwähler so hoch wie nie und lag bei 33,6%, d.h. nur 67,37% der 542.915 registrierten Wähler nahm an den Wahlen teil. Die Teilnahme an Wahlen ist in Zypern verpflichtend, wobei Nichtwähler nicht mehr mit einer Strafe rechnen müssen. Die regierende DISY verlor 3,7% im Vergleich zu 2011 und erhielt einen Stimmenanteil von 30,68%. Dies gilt gleichwohl immer noch als ein gutes Ergebnis und ein Zeichen der Unterstützung für Anastasiades Regierung, welche die strengen und häufig unpopulären Sparmaßnahmen der Troika seit ihrem Amtsantritt 2013 umsetzen

musste. Die kommunistische AKEL musste Einbußen von 7,1% hinnehmen und bekam insgesamt 25,67% der Stimmen. DIKO, eine Partei der Mitte, verlor mit 1,3% der Stimmen weniger als erwartet und holte ein Ergebnis von 14,4%. Die sozialdemokratische EDEK war neben der AKEL die große Verliererin dieser Wahl und bekam aufgrund eines Verlustes von 2,8% nur 6,18%. Die Bürgerallianz von Giorgos Lillikas erhielt 6,01%, gefolgt von der Solidaritätsbewegung von Eleni Theocharous, mit 5,24%. Beide Parteien nahmen zum ersten Mal an einer Par-

lamentswahl teil, obwohl die Bürgerallianz nach dem Wechsel eines Abgeordneten der DISY zu der neuen Partei während der letzten Legislaturperiode bereits im Parlament vertreten war. Die Grünen unter dem Vorsitz von Giorgos Perdikis erzielten mit 4,81% ein für ihre Verhältnisse gutes Ergebnis, während die ELAM, eine rechtsextreme, mit der griechischen Partei Die Morgenröte verbundene Gruppe, die Hürde von 3,6% überwinden konnte und mit 3,7% zum ersten Mal ins Parlament einziehen wird.

Das Wahlergebnis der Parlamentswahlen der Republik Zypern (2011-2016)

	2016			2011		
	Stimmen	%	Sitze	Stimmen	%	Sitze
DISY – Democratic Rally	107,825	30.7	18	138,682	34.3	20
AKEL – Progressive Party of the working people	90,204	25.7	16	132,171	32.7	19
DIKO - Democratic Party	50,923	14.5	9	63,763	15.8	9
EDEK – Social democrats	21,732	6.2	3	36,113	8.9	5
Citizens' Alliance	21,114	6.0	3	-	-	-
Solidarity ²	18,424	5.2	3	15,711	3.9	2
Greens	16,909	4.8	2	8,960	2.2	1
ELAM (National Popular Front)	13,041	3.7	2	5,354	1.1	-
Others	11,217	3.2	-	4,823	1.19	-
Ungültig	11,153	3.08		13,670	3.27	
Enthaltungen	180,664	33.6		113,216	21.3	
Registrierte Wähler	543,186			531,463		

Quelle: Zypriotisches Innenministerium

² Im März 2016 schloss sich die mitte-rechts Partei EVROKO mit Eleni Theocharous Solidaritätsbewegung (die Anfang des Jahres gegründet worden war) zu einem Wahlbündnis zusammen. Theocharous war zuvor Mitglied bei der DISY und ist ein Mitglied des Europäischen Parlaments. Die Ergebnisse von 2011 zeigen den Stimmenanteil der EVROKO.

Somit werden im neuen Parlament DISY mit 18, AKEL mit 16 und DIKO mit neun Abgeordneten vertreten sein. EDEK, die Bürgerallianz und die Solidaritätsbewegung werden jeweils drei Abgeordnete entsenden, während die Grünen und ELAM von 2 Abgeordneten repräsentiert werden.

Um die Position des Parlamentssprechers bewerben sich Averoff Neophytou (Vorsitzender der DISY), Andros Kyprianou (Vorsitzender der AKEL), Marinos Sizopoulos (EDEK), Demetris Syllouris (Solidaritätsbewegung), welcher auf die Unterstützung der regierenden DISY baut sowie Georgos Perdikis (Vorsitzender der Grünen). Die für die Wahl des Parlamentssprechers geschmiedeten Allianzen sind oft ein Indiz für Allianzen bei den Präsidentschaftswahlen, die 2018 anstehen.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Die Behörde zur Entwicklung von Humanressourcen ANNAD initiierte vier Konzepte, um den Anteil der im Hotelgewerbe beschäftigten Zyprioten zu erhöhen. In diesem Zusammenhang sollen Arbeitslose mit Hilfe von Workshops zu Kellnern/Kellnerinnen, Barmixern, Empfangs- und Reinigungspersonal ausgebildet werden. Jedes der vier Programme beinhaltet ein Training von 50 – 125 Stunden, ein Praktikum von 160 Stunden sowie eine zweimonatige Anstellung. Während des Trainings und Praktikums sollen die Teilnehmer eine wöchentliche Entlohnung von 125 Euro erhalten. Außerdem werden Sozialbeiträge entrichtet.

Im Zusammenhang mit dem haushaltspolitischen Strategieplan für 2017-2019 sollen jene Beamten, welche in den vergangenen Jahren befördert wurden, 2017 ihre entsprechenden Gehaltserhöhungen erhalten. Gleichzeitig soll die in den vergangenen Jahren jedem Beamten auferlegten Sonderzahlung beendet werden.

Die Regierung erhöhte die Bezüge einkommensschwacher Rentner um monatlich 20 Euro. Die mit der PEO verbundene Gewerkschaft der Rentner EKYSY beschuldigte die Regierung, die einkommensschwachen Rentner, welche aufgrund der von der Regierung durchgeführten Maßnahmen, eine 30%ige Verschlechterung ihres Lebensstandards hinnehmen mussten, beschwichtigen zu wollen, in dem sie den Rentnern kurz vor den Wahlen ein „paar kleine Wohltaten“ zukommen ließen.

Die Angestellten der Bank of Cyprus reagierten positiv auf die dritte Vorruhestandsregelung. Obwohl die maximale Höhe der Entschädigungszahlungen gleich bleibt, gibt es einige Verbesserungen. Außerdem wurde der Kreis der Anspruchsberechtigten ausgeweitet. Diese dritte Regelung war nach langen Verhandlungen mit der Gewerkschaft der Bankangestellten ETYK ausgearbeitet worden. Das Ziel von 193 Angestellten, welche die Regelung in Anspruch nehmen wollen, scheint erreichbar und bedeutet, dass keine Entlassungen vorgenommen werden müssen.

Die Gewerkschaft SEK wählte auf ihrem letzten Kongress eine neue Führung. Andreas Matsas, der ehemalige stellvertretende Generalsekretär, rückt an die Stelle des scheidenden Nikos

Moyseos und wird neuer Generalsekretär. Michalis Michael wurde zum neuen stellvertretenden Generalsekretär gewählt, während Panikos Argyrides ohne Gegenkandidat in seinem Posten als organisatorischer Generalsekretär bestätigt wurde.

Die Gewerkschaft des medizinischen Pflegepersonals PASINO beschwerte sich über „die illegale, willkürliche und rachsüchtige Art“, mit der das Gesundheitsministerium die Gehälter des streikenden Pflegepersonals zu zweiten Mal gekürzt habe. PASINO will dagegen vor Gericht gehen.

Das Arbeitsgericht entschied, dass das befristete Arbeitsverhältnis eines Mitglieds der PASINO rückwirkend um ein Jahr vor dem Zeitpunkt der Klage in ein unbefristetes umgewandelt werden muss. Dies ist ein Präzedenzfall für viele Pflegekräfte, die jahrelang mit immer wieder erneuerten, zeitlich begrenzten Arbeitsverträgen gearbeitet hatten und stärkt die Position der PASINO in der derzeitigen Auseinandersetzung mit der Regierung.

PEO und SEK drohten mit Streiks im Hotelgewerbe, da sich eine Reihe von Hoteliers nicht an die Tarifverträge und gesetzlich festgelegten Arbeitszeiten halten. Die Zahl der Angestellten mit Einzelverträgen und schlechteren Arbeitsbedingungen als in den Tarifverträgen festgelegt nahm stetig zu und liegt derzeit bei 50%. Die in den Einzelverträgen festgelegten monatlichen Gehälter liegen bei ca. 600 Euro, d.h. um die Hälfte niedriger als im Tarifvertrag festgeschrieben und liegen zudem unter dem gesetzlichen Mindestlohn.

Die Regierung plant eine Gesetzesänderung zur Anpassung an EU-Normen, wonach sich Beamte bis zu 12 Jahre unbezahlt freistellen lassen können.

PEO und SEK drohten mit Streiks an Zyperns Flughäfen, da sich die beiden Gewerkschaften nicht mit den Betreibern LGS und Swissport über die Arbeitsbedingungen des Bodenpersonals einigen könne. Die Arbeitgeberseite gab bekannt, dass sie die 2013 eingeführten, bis 2015 zeitlich begrenzten, Gehaltskürzungen beibehalten wolle, während die Gewerkschaften ein Ende der Kürzungen und eine Gehaltserhöhung von 1% für 2015 und 1,5% für 2016 fordern. Nach Auffassung des Verkehrsministeriums ist das Gesetz, welches seit 2012 das Recht auf Streik für die Fluglotsen beschränkt auch auf das Bodenpersonal anzuwenden, während die Gewerkschaften diese Auslegung nicht akzeptieren.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Der türkisch-zypriotische Premier- und Finanzminister, Serdar Denktasch, sagte, dass das Finanzministerium im Falle einer Lösung noch nicht bereit sei für eine EU-Mitgliedschaft. Denktasch sagte, dass die Gesetze zur Harmonisierung und die Umsetzung der Regeln des EU-Acquis unzureichend seien, da man auf die schnelle Vorbereitungen treffen müsse, um Güter und Dienstleistungen auf der Basis von EU-Standards und EU-Gesetzen zu produzieren.

Laut Denktasch sei der Transfer von Stroh und Wasser aus der Türkei eine Priorität der neuen Regierung.

Nach Angaben der türkisch-zypriotischen Zentralbank ist das Wachstum des Bankensektors im ersten Quartal 2016 weiterhin stabil. Die Einlagen lagen im diesem Zeitraum bei insgesamt 14 Milliarden Türkischen Lira (TL), während das Gesamtvolumen der Kredite zunahm und bei 11,1 Milliarde TL lag. Im Norden gibt es 22 Banken mit 227 Filialen und 2.881 Angestellten.

Das Handelsvolumen zwischen der Türkei und dem Norden nahm im ersten Quartal 2016 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 8,6% ab und lag bei 209,7 Millionen US-Dollar. Dies ist der niedrigste Stand seit sieben Jahren. Laut des türkischen Amtes für Statistik sanken die Exporte in die Türkei um 28,44%, während die Importe um 5,9% zurückgingen.

Innenpolitische Entwicklungen

Auf einer Parteiversammlung der CTP, auf der das Parteiprogramm geändert werden sollte, gab der Parteivorsitzende Mehmet Ali Talat bekannt, dass er sich auf dem nächsten ordentlichen Parteitag im November nicht zu einer Wiederwahl aufstellen lassen werde. Nachdem die internen Kämpfe weitgehend zu einem Ende gekommen seien und sich die CTP davon erhole, sei es an der Zeit für ihn sich zurückzuziehen. Laut Talat müsse man sich damit auseinandersetzen, dass die Menschen das Vertrauen in die Politiker verloren hätten. Auf dem Parteitag wurden u.a. der Wechsel von einem Delegier-

ten- zu einem Mitgliedersystem und die Erhöhung der Frauenquote von 30% auf 40% beschlossen. Des Weiteren wurde eine Befristung der Amtszeiten für Posten in der Parteiführung sowie für Abgeordnete, Bürgermeister und des Bezirksvorstände beschlossen.

In einem Interview mit einem Lokalsender sagte Talat, dass sich die Beziehungen auf politischer Ebene zwischen der Türkei und dem Norden in den vergangenen Jahren nicht verbessert hätten. Die Hauptverantwortung dafür liege bei der Türkei. Ebenso habe die Türkei für die neue Regierungskoalition mit der National Unity Party-Democratic Party (UBP-DP) grünes Licht gegeben.

Die New Birth Movement (YDH), die 2015 von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen gegründet wurde und Bürger der „TRNZ“ repräsentiert, die ursprünglich aus der Türkei stammen, beschloss für Anfang Juli die Gründung einer Partei, da laut der Initiatoren, die Festlandtürken von den bestehenden Parteien diskriminiert würden.

Am 13. Mai besuchte eine Delegation des Verbandes der TMT-Kämpfer (der in den 50er Jahren gegründeten Türkischen Widerstandsbewegung) Serdar Denktasch. Der Verbandsvorsitzende betonte, dass die Unabhängigkeit der „TRNZ“ und die anhaltende Unterstützung der Türkei wichtig seien. Denktasch seinerseits stellte fest, dass das Band zwischen der „TRNZ“ und der Türkei geschwächt sei und es ein Hauptziel sei, die Beziehungen beider Länder wieder zu stärken.

Der Vorsitzende der UBP und Premierminister Huseyin Ozgurgun nahm eine Bewertung der Entwicklungen in der Zypernfrage vor und erklärte, dass sowohl die Regierung wie auch die Türkei die unter der Leitung des türkisch-zypriotischen Volksgruppenvertreters Mustafa Akinci geführten Verhandlungen unterstützten. Es sei ein großer Wunsch, dass der Präsident die Verhandlungen vor Ende 2016 mit einer Vereinbarung abschließen, wenn dies denn auch vom Süden gewünscht werde. Wünsche alleine jedoch könnten dies nicht bewirken. Er beschuldigte die griechisch-zypriotische Seite, dass sie keine Lösung anstrebe.

Laut einer Meinungsumfrage des Zentrums für Migrations-, Identitäts- und Rechtsstudien (CMIRS), stuften die türkischen Zyprioten nach langer Zeit die Zypernfrage wieder als „das wichtigste Problem“ ein, mit dem das Land konfrontiert sei. Die Direktorin des CMIRS, Mine Yucel, erklärte, dass, während das Vertrauen in unterschiedliche politische Institutionen sinke, jenes in den türkisch-zypriotischen Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci seit dessen Wahl im letzten Jahr stetig zugenommen habe. Dies sei ein Indiz dafür, dass die türkisch-zypriotische Bevölkerung eine Lösung des Zypernproblems befürworte. Die wirtschaftliche Situation stehe an zweiter Stelle, gefolgt von Arbeitslosigkeit und inkompetenten Politikern. Auf die Frage, für welche Partei die Teilnehmer stimmen würden, wenn am nächsten Sonntag Wahl wäre, wurde deutlich, dass die CTP als Hauptverantwortliche für die schlechten Zukunftsaussichten gilt.

Die Antworten in der Meinungsumfrage waren wie folgt:

36,01%:	Ich werde nicht wählen.
14,1%:	Unentschlossen
6,51%:	Gemischte Stimmabgabe

15,84%:	National Unity Party (UBP)
11,5%:	People`s Party (HP)
7,38%:	Republican Turkish Party (CTP)
4,77%:	Social Democratic Party (TDP)
3,25%:	Democratic Party (DP)
0,43%:	New Cyprus Party (YKP)
0,22%:	United Cyprus Party (BKP)

Das sogenannte „Hilfskomitee“, welches unter der Leitung des türkischen Botschafters in der „TRNZ“ agiert, änderte seinen Namen in „Büro für Entwicklung und finanzielle Zusammenarbeit“. Das Büro setzt die Entscheidungen des in Ankara ansässigen technischen Ausschusses um und überwacht wiederum die Umsetzung der Pläne. Der Ausschuss berät auch den türkischen stellvertretenden Premierminister für zypriotische Angelegenheiten Tugrul Turkes. Laut Berichten wurde die Namensänderung während eines Treffens zwischen Akinci und Turkes vereinbart. Es handelt sich jedoch nur um eine kosmetische Änderung, die das schwindende Ansehen des Ausschusses, der als ein türkisches Schattenkabinett der türkisch-zypriotischen Regierung gilt, der das eigentliche Sagen hat, verbessern soll.

Außenpolitik

Der Unterstaatssekretär des türkischen Außenministeriums, Feridun Sinirlioglu, besuchte den Norden und traf den türkisch-zypriotischen Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci, Premierminister Ozgurgun sowie Außenminister Ertugruloglu. Es gab weder vor noch nach dem Treffen zwischen Sinirlioglu und Akinci irgendwelche Verlautbarungen. Nach dem Treffen sagte Ertugruloglu, dass die Verhandlungen nun schon seit fast 50 Jahren liefen und vor diesem Hintergrund Gespräche mit einem offenen Ende kein verlässlicher Ansatz seien. Als Ergebnis der derzeitigen Verhandlungen stehe entweder eine neue Partnerschaft oder es werde klar, dass dies definitiv nicht realistisch sei und man für die Zukunft eine neue Perspektive brauche.

In einem Interview mit einer türkisch-zypriotischen Tageszeitung sagte der deutsche Botschafter in Zypern, Nikolai von Schoepff, dass die in Zyperns exklusiver Wirtschaftszone gefundenen Gasvorkommen ein Katalysator für das Zustandekommen einer gerechten und tragfähigen Lösung des Zypernproblems sein sollten. Laut Schoepff beobachte Deutschland seit vielen Jahren den Verhandlungsprozess und böte Unterstützung in Form von Erfahrungsaustausch und technischer Hilfe. Die deutsche Botschaft organisiere regelmäßig Seminare für die Verhandlungsführer und ihre Teams unter Teilnahme deutscher Experten. Des Weiteren arbeite Deutschland mit den Vereinten Nationen und Vertretern der Europäischen Kommission zusammen, um die zukünftigen Schritte zu koordinieren.

5. FES Zypern Veranstaltungen**Juni****Samstag-Sonntag 11.-12. 6. 2016**

CAD / FES
Workshop

Road to a Settlement in Cyprus actions Pre-solution and Post-solution

Kyrenia, Zypern
Nicht-öffentliche Veranstaltung

Montag 13. 06. 2016

CAD / FES
Konferenz

Life in a Federal Cyprus

Chateau Status, UN Pufferzone, Nikosia, Zypern
Öffentliche Veranstaltung

**Freitag 24. 06. 2016**

Post RI/FES
Workshop

International Day Against Homophobia, Transphobia and Biphobia

POST Research Institute
Ferruh Cambaz Sok, No 14, Koskluciftik,
Nikosia, Zypern
Öffentliche Veranstaltung

Juli

10.-22. 07. 2016

ECPR/UCY/FES
Workshop

International Summer School in Peace & Conflict Studies

University of Cyprus,
Nikosia, Zypern

Nicht-öffentliche Veranstaltung



Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336
Email: office@fescyprus.org
Web-Seite: www.fescyprus.org
Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Sonan, Grigoris Ioannou, Ute Ackermann-
Boeros und Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Ute Ackermann-Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com